
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg am Donnerstag, dem 14.06.2012, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah
3. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus
4. Kreistagsabgeordnete Gabriele Kalvelage
5. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
6. Kreistagsabgeordnete Dr. Irmtraud Kannen
7. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots
8. Kreistagsabgeordneter Dr. Lucien Olivier
Vertretung für Frau Julia Wienken
9. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
10. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute
11. Kreistagsabgeordnete Ingrid Stärk
12. Kreistagsabgeordnete Josef Trenkamp

Grundmandat

13. Kreistagsabgeordneter Clemens Poppe

Zugewählte beratende Mitglieder

14. Deutsches Rotes Kreuz Beate Bührmann
Vertretung für Herrn Michael Pahl
15. Paritätischer Cloppenburg Hans-Jürgen Lehmann
16. Landes-Caritasverband Ludger Niehaus

Verwaltung

17. Erster Kreisrat Ludger Frische
18. Leitender Kreisverwaltungsdirektor Neidhard Varnhorn
19. Kreisoberamtsrätin Gabriele Schröder
20. Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Elisabeth Blömer
21. Kreisamtmann Frank Beumker
22. Kreisinspektor Stephan Trenkamp

Protokollführer/in

23. Kreisamtsrat Josef Potthast

Gäste

24. Stiftung Edith Stein Bartels
25. DROBS (PARLOS) Harwardt
26. DROBS (PARLOS) Shestakova

Es fehlte/n:

27. Diakonisches Werk Hans-Jürgen Hoffmann
28. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum



Es fehlte/n:

- 29. Deutsches Rotes Kreuz
- 30. Kreistagsabgeordnete

Michael Pahl
Julia Wienken

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2011
- 4. Vorstellung der Suchtberatungsstellen der Stiftung Edith-Stein und der PARLOS (DROBS)
- 5. Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V. V-SOZ/12/022
- 6. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zur "Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Landkreis Cloppenburg" V-SOZ/12/023
- 7. Mitteilungen
- 8. Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller, eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßte er als Gäste Frau Shestakova, DROBS Cloppenburg (PARLOS), Herrn Harwardt, DROBS Cloppenburg (PARLOS) sowie Herrn Bartels, Fachstelle für Sucht und Suchtprävention (Stiftung Edith Stein).

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2011

Die Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2011 wurde einstimmig genehmigt.

4. Vorstellung der Suchtberatungsstellen der Stiftung Edith-Stein und der PARLOS (DROBS)

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer erläuterte einleitend, dass die Drogenberatungsstellen der Stiftung Edith Stein (Fachstelle für Sucht und Suchtprävention) sowie der PARLOS (DROBS) vom Landkreis Cloppenburg finanziert und für ihre Arbeit Zuwendungen in Höhe von 249.000 € in den Jahren 2012 bis 2014 bzw. 89.000 € von 2011 bis 2013 erhalten würden. Sie meinte, dass es für die Mitglieder des Sozialausschusses von Interesse sei, die Arbeit der Drogenberatungsstellen kennen zu lernen.

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer verwies des Weiteren darauf, dass die DROBS mietfrei in einem kreiseigenen Gebäude untergebracht sei, dieses Gebäude aber in absehbarer Zeit abgerissen werden müsse. Die künftig dann anfallende Miete werde zu einer Anhebung des Zuschussbetrages führen. Zudem habe es Personaländerungen bei der DROBS gegeben, die sich ebenfalls auf den Finanzbedarf auswirken würden. Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer kündigte daher an, dass zum Jahresende mit der DROBS neue Verträge vereinbart werden müssten. Die Zuschussbewilligung für die DROBS werde somit in einer der nächsten Sitzungen auf der Tagesordnung stehen.

Vorsitzender Möller erteilte Frau Shestakova das Wort.

Frau Shestakova erläuterte anhand einer Powerpoint-Präsentation die Arbeit der Drogenberatungsstelle DROBS Cloppenburg (siehe Anlage 1).

Vorsitzender Möller dankte für die Ausführungen und gab den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Dr. Olivier nach den Erfolgen der Suchtberatungsstelle erläuterte Herr Harwardt, dass - wie bundesweit - es auch im Landkreis Cloppenburg ca. 30 % der Süchtigen schaffen, dauerhaft die Abhängigkeit zu überwinden, ca. 30 % längere Zeit von Drogen freikommen und ca. 30 % an den Folgen der Drogensucht sterben würden. Erfolg in der Suchtberatung sei es schon, wenn Süchtige für einen gewissen Zeitraum „clean“ bleiben. Dabei müsse man bedenken, dass die „Drogenkarrieren“ individuell sehr unterschiedlich verlaufen würden.

Herr Harwardt erklärte auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Dr. Olivier, dass die Kosten der Drogensucht aus einem normalem Erwerbseinkommen nicht getragen werden können.

ten. Viele Süchtige müssten ihre finanziellen Mittel daher aufstocken, z.B. durch Dealen von Drogen oder durch Prostitution.

Kreistagsabgeordnete G. Kalvelage erkundigte sich nach anderen Suchtarten, wie z.B. Spielsucht. Frau Shestakova verwies darauf, dass dies in die Zuständigkeit der Edith Stein Stiftung falle.

Kreistagsabgeordneter Loots bat um Auskunft zur Anzahl der Süchtigen im Kreisgebiet. Herr Harwardt erläuterte, dass es eine hohe Dunkelziffer gäbe und viele Abhängige im Beruf oder Alltag kaum auffällig wären. Um die Zahl verlässlich schätzen zu können, müssten polizeiliche Erkenntnisse hinzugezogen werden. Herr Harwardt vermutete eine hohe vierstellige Zahl von Süchtigen im Landkreis Cloppenburg.

Kreistagsabgeordnete Hollah fragte, ob Menschen mit Migrationshintergrund überproportional betroffen seien und welche Gründe es dafür geben könnte. Frau Shestakova entgegnete, dass das Problem der süchtigen Migranten seit 10 – 15 Jahren akut sei. Die DROBS biete daher seit Jahren eine muttersprachliche Beratung an, um Zugang zu diesen Menschen zu bekommen. Der Anteil von Migranten sei weiterhin mit ca. 70 % deutlich überproportional zum Bevölkerungsanteil. Süchtige Migranten gäbe es insbesondere im Alter von 20 bis 40 Jahren. Nicht selten seien Integrationsprobleme, Schulversagen oder berufliche Probleme mitverantwortlich für die Sucht.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen bat um Auskunft, ob Fälle bekannt geworden seien, dass Migranteneltern ihre süchtigen Kinder nach Russland bringen, um dort einen Entzug mit drastischen Mittel durchführen zu lassen. Außerdem fragte sie, ob die DROBS Wünsche zur Verbesserung ihrer Arbeit habe.

Frau Shestakova erwiderte, dass der Drogenberatungsstelle derartige Fälle durchaus bekannt geworden seien. Die Drogenberatungsstelle würde in der Beratung den Angehörigen von dieser Methode abraten. Zudem würden Gesprächskreise für betroffene Eltern angeboten.

Zu den Verbesserungswünschen meinte Herr Harwardt, dass ein wie bisher zentral gelegenes Gebäude für die DROBS notwendig sei, um den Zulauf zu sichern. Ferner sei wünschenswert, dass vermehrt auch andere Gruppen den Weg zur Beratungsstelle finden, Menschen mit Migrationshintergrund hätten damit wohl weniger Probleme. Letztendlich wäre auch ein männlicher Berater von Vorteil, um Zugang zu den Süchtigen zu finden.

Vorsitzender Möller stellte fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorlagen und erteilte Herrn Bartels das Wort.

Einleitend verwies Herr Bartels zur Diskussion der Anzahl der Drogensüchtigen auf eine Untersuchung der Krankenkassen hinsichtlich der Alkoholabhängigkeit von Arbeitnehmern. Diese habe gezeigt, dass in der Regel wohl nur rd. 5 % der Betroffenen von den Beratungsstellen erreicht würden.

Herr Bartels erläuterte anhand einer Powerpoint -Präsentation die Arbeit der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention der Stiftung Edith Stein (siehe Anlage 2; weitere Informationen: siehe Anlagen 3 bis 5).

Vorsitzender Möller dankte für die Ausführungen und gab den Mitgliedern des Ausschusses erneut Gelegenheit, Fragen zu stellen.



Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Dr. Olivier, wie sich das Drogenproblem im Landkreis Cloppenburg im Vergleich zum Bundesgebiet darstelle, entgegnete Herr Bartels, dass z.B. das Trinkverhalten durchaus vergleichbar wäre. Es gäbe zwar regional unterschiedliche Sitten (hier „Vorsaufen“, dort „Frühschoppen“ oder die „Maß Weißbier zum Mittagessen“), die Menge des konsumierten Alkohols unterscheide sich aber nicht gravierend.

Die Frage der Kreisoberamtsrätin Schröder, ob es Kooperationen der Drogenberatungsstelle mit Pflegeheimen gäbe, wurde von Herrn Bartels verneint. Das Problem der Süchtigen in Pflegeheimen sei zwar bekannt, zu besonderen Vereinbarungen mit diesen Einrichtungen sei es aber noch nicht gekommen. Nicht selten würde es Probleme bereiten, pflegebedürftige Suchtkranke in geeigneten Einrichtungen unterzubringen. In diesen Fällen arbeite die Drogenberatungsstelle mit dem Leo-Stift in Essen zusammen.

Herr Bartels erläuterte auf Frage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen, dass ca. 40 % der Drogensüchtigen Frauen und ca. 60 % Männer seien. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die die Beratungsstelle aufsuche, liege bei ca. 23 % bis 25 %. Dieser Anteil liege über dem Bevölkerungsanteil und zeige damit, dass die Migranten die Angebote der Drogenberatungsstelle gut annehmen. Vor dem Hintergrund des Problems, dass lediglich ca. 5 % der Abhängigen von den Beratungsstellen erreicht würden, meinte Herr Bartels, dass die Präventionsarbeit ausgebaut werden müsse. Dazu fehle es aber am Personal.

Kreistagsabgeordnete Hollah bat um Auskunft, ob auch Menschen mit Magersucht zur Beratungsstelle kämen. Herr Bartels entgegnete, dass dies keine Fälle der Drogenberatungsstelle seien. Hier seien die Ärzte bzw. die entsprechenden Therapieeinrichtungen gefragt.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Poppe, wie der Zugang erfolge, erläuterte Herr Bartels, dass viele Süchtige von den Hausärzten an die Beratungsstelle verwiesen würden.

Kreistagsabgeordneter Loots fragte, ob die Beratungsstelle auch aufsuchende Arbeit leiste. Dies wurde von Herrn Bartels verneint.

Vorsitzender Möller stellte fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlagen und beendete diesen Tagesordnungspunkt.

5. Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V. Vorlage: V-SOZ/12/022

Kreisoberamtsrätin Schröder trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen-Nr.: VSOZ/12/022** vor.

Kreistagsabgeordneter Trenkamp betonte die Bedeutung des Heimatvereines für die Integration der Aussiedler und lobte die Arbeit dieser wichtigen Einrichtung. Um den Heimatverein wirtschaftlich zu sichern, schlug er vor, in den Jahren 2012 bis 2014 einen Festbetrag in Höhe von 7.500 € zu bewilligen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck verwies ebenfalls auf die gute und sinnvolle Arbeit des Heimatvereines. Er erinnerte daran, dass die finanzielle Situation des Vereins vor 3 Jahren



nicht so gut gewesen sei und unterstütze nun die Bewilligung des vorgeschlagenen Festbetrages. Kreistagsabgeordneter Riesenbeck schlug abschließend vor, zu überlegen, ob die Förderung noch für einen längeren Zeitraum erforderlich sei.

Auf Frage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen erklärte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass der Zuschuss bislang als Defizitausgleich bewilligt wurde. Des Weiteren erklärte sie, dass der Antrag aus dem Vorjahr in Absprache mit dem Heimatverein erst jetzt dem Ausschuss vorgelegt werde, weil nach dem hohen Überschuss in 2010 zunächst abgewartet werden sollte, wie das Rechnungsergebnis für 2011 ausfalle.

Kreistagsabgeordneter Loots lobte ebenfalls die gute Arbeit des Heimatvereins und unterstützte die Bewilligung des Festbetrages.

Kreistagsabgeordneter Poppe erkundigte sich unter Bezug auf die hohe Anzahl der Beratungen nach der Anzahl der im Landkreis lebenden Aussiedler.

Erster Kreisrat Frische erläuterte, dass in den 1990er Jahren ca. 20.000 Aussiedler in den Landkreis zugezogen seien. Der Bevölkerungsanteil könne auf ca. 13 % bis 16 % geschätzt werden. Hinsichtlich der Beratungszahlen verwies Erster Kreisrat Frische darauf, dass es sich um Fallzahlen, also um einzelne Beratungsgespräche, Telefonate usw. und nicht um Personen handeln dürfe. Vor dem Hintergrund der Landeszuwendung für diese Einrichtung dürfe es zu dem keine Einwände geben, dass auch Aussiedler aus den umliegenden Landkreisen sich an den Heimatverein wenden würden.

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer ergänzte, dass nach ihren Erfahrungen aus dem „Netzwerk Integration“ eine „Migranten-Selbsthilfe-Organisation“ sehr sinnvoll und erforderlich sei. Zudem sei zu bedenken, dass Integration ein Prozess über mehrere Generationen sei. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund sei steigend und habe bei der Einschulungsuntersuchung 2011 bei ca. 37 % gelegen.

Auf den Vorschlag des Kreistagsabgeordneten Riesenbeck, der Heimatverein möge seine Arbeit im Ausschuss vorstellen, entgegnete Kreisoberamtsrätin Schröder, dass dies sinnvoller Weise rechtzeitig vor der nächsten Weiterbewilligung erfolgen könne.

Dem Vorschlag des Kreistagsabgeordneten Poppe, dass die umliegenden Landkreise sich an der Finanzierung beteiligen sollten, räumte Erster Kreisrat Frische keine Chancen auf Durchsetzung ein.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen äußerte ebenfalls, dass Migration nicht mit einer Generation abgeschlossen sei. Es gäbe Schulen, an denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bei ca. 50 % liege. Sie vertrat die Auffassung, dass Migration ein Dauerthema sei.

Vorsitzender Möller stellte den Beschlussvorschlag des Kreistagsabgeordneten Trenkamp zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, dem Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V., Molbergen, für die Durchführung der Beratungsaufgaben für Aussiedler in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 7.500 € als Festbetrag zu bewilligen.



6. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zur "Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Landkreis Cloppenburg"
Vorlage: V-SOZ/12/023

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen erläuterte einleitend die Gründe für den mit Schreiben vom 06.05.2012 gestellten Antrag. Sie dankte der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage zu diesem Thema.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen erinnerte an eine im Frühjahr 2012 durchgeführte Abschiebung einer ausländischen Familie. Dies habe sie bewogen, eine grundsätzliche Diskussion anzuregen. Ihr Ziel sei es, dass sich der Sozialausschuss mit der Situation der Betroffenen beschäftige und Überlegungen zum künftigen Umgang mit Minderheiten anstelle, dabei möchte sie die Kinder in den Vordergrund stellen.

Hinsichtlich der im Antrag aufgelisteten Themen solle diskutiert werden, was machbar ist und was nicht. Zudem schlug Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen - unter Bezug auf das Antragschreiben - nochmals vor, Experten zu diesem Thema anzuhören; dies könnten z.B. Herr Niehaus vom Landescaritasverband und auch Frau Amiry (Integrationslotsen-Stelle bei der VHS) sein. Des Weiteren schlug sie vor, dass der Sozialausschuss sich vor Ort, z.B. in einem Flüchtlingswohnheim, über die Lebenssituation der Betroffenen informiere. Letztendlich wünscht sie sich einen Verhaltenskodex für den Umgang mit Flüchtlingen.

Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn verwies auf die von der Verwaltung erstellte Vorlage. Er war der Auffassung, dass die im Antragschreiben aufgelisteten Fragen – soweit dies überhaupt möglich sei, weil entsprechende Statistiken usw. geführt würden - beantwortet seien.

Hinsichtlich des Vorschlages Expertenmeinungen einzuholen, sah Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn keine Geschäftsordnungsprobleme. Dies könne der Sozialausschuss beschließen; Beschluss und Anhörung könnten sogar noch in dieser Sitzung erfolgen. Herr Niehaus, vom Landescaritasverband, könne jederzeit gehört werden, da er beratendes Mitglied im Sozialausschuss sei. Frau Amiry könne, da sie anwesend sei, adhoc gehört werden, wenn der Ausschuss dies wünsche.

Zur angedachten Bereisung äußerte Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn, dass auch dies möglich sei. Er gab jedoch zu bedenken, dass die Besichtigung mit den zuständigen Städten / Gemeinden sowie dem Betreiber organisiert werden müsse.

Beratendes Mitglied Niehaus verwies darauf, dass er zur heutigen Sitzung nicht als Experte eingeladen sei, bot jedoch an, zum Thema zu berichten. Er gab zu bedenken, dass im Ausländer- und Asylbereich vieles gesetzlich geregelt sei.

Kreistagsabgeordneter Dr. Olivier meinte, dass eine Bereisung und die Anhörung von Experten hilfreich sein könnten, um sich das Thema bewusst zu machen.

Kreistagsabgeordnete Stärk äußerte Verständnis für die Beweggründe der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen. Sie schlug vor, die Bereisung auszudehnen und neben einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber gleichzeitig auch eine Werkstatt für behinderte Menschen zu besuchen.



Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen ergänzte, dass nicht alle Gemeinschaftsunterkünfte auf einer Bereisung besichtigt werden könnten. Zudem könnten eingeladene Experten an der Bereisung teilnehmen. Letztendlich sollten auch Betroffene angehört werden.

Vorsitzender Möller konkretisierte die vorgeschlagene Bereisung dahin gehend, die Gemeinschaftsunterkunft in Friesoythe und anschließend die Werkstätten für behinderte Menschen des Caritasvereins Altenoythe zu besichtigen.

Auf den Einwurf des Kreistagsabgeordneten Loots, ob der Ausschuss willkommen sei, meinte Kreistagsabgeordnete G. Kalvelage, dass dies kein Problem sein dürfte, wenn die Bereisung angekündigt werde.

Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn sicherte zu, dass die Verwaltung die Bereisung vorbereite.

Kreistagsabgeordnete G. Kalvelage äußerte, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag zustimme.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck schlug vor, die Bereisung mit der nächsten Sitzung des Ausschusses zu verbinden.

Auf Frage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen, erklärte Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn, dass es in der Ortschaft Hemmelte keine zentrale Unterbringung von Asylbewerbern gäbe. Kreisoberamtsrätin Schröder ergänzte, dass es nur in den in der Vorlage genannten Städten und Gemeinden Gemeinschaftsunterkünfte gäbe und Hemmelte gehöre nicht dazu.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen merkte des Weiteren an, dass auf Seite 3 der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/12/023 („Asylverteilungsstatistik“) einige Gemeinden eine Quote von über 100 % ausweisen würden.

Kreisinspektor Trenkamp (Vertreter der Ausländerbehörde) erläuterte das Verteilverfahren hinsichtlich der Asylantragsteller. Die Asylantragsteller würden bundesweit nach einem Prozentschlüssel auf die Länder und in den Ländern dann ebenfalls nach einem Prozentschlüssel auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Nach dem gleichen Prinzip würden die Asylbewerber dann den Städten und Gemeinden im Landkreis zu Unterbringung zugewiesen. Städte und Gemeinden, die über eine Gemeinschaftsunterkunft verfügen, wiesen dabei nicht selten eine Aufnahmequote von über 100 % aus.

Erster Kreisrat Frische ergänzte, dass die Prozentquote sich nach der Einwohnerzahl richte. Kreisverwaltungsdirektor Varnhorn fügte hinzu, dass die Aufnahmepflicht nicht begrenzt sei, die Anzahl der aufzunehmenden Asylbewerber richte sich stets nach der Anzahl der Antragsteller.

Beratendes Mitglied Niehaus erläuterte, dass in den Gemeinschaftsunterkünften der Caritas neben den Hauswarten auch Sozialarbeiter vor Ort wären und die Bewohner somit eine soziale Betreuung erfahren würden. Er war der Auffassung, dass sich zeigen werde, dass die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft durchaus zumutbar sei.

Beratendes Mitglied Niehaus erinnerte auch daran, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in den 1990er Jahren entstanden sei, als der Zustrom von Asylbewerbern um ein Vielfaches höher lag, als heute. Heute wie damals gelte, dass alle eingereisten Asylbewerber menschenwürdig unterzubringen seien.



Kreisinspektor Trenkamp erläuterte zur Bewohnerstruktur in den Gemeinschaftsunterkünften, dass neben 33 Asylbewerbern im Verfahren und 52 ausreisepflichtigen Asylbewerbern nach Abschluss des Verfahrens („Geduldete“), auch 22 ehemalige Asylbewerber wohnen, die schon länger eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und jederzeit ausziehen könnten.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck merkte unter Bezug auf die Vorlagen-Nr.: V-SOZ/12/023 an, dass den über 400 Asylbewerbern nur 125 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften gegenüberstehen.

Vorsitzender Möller schloss die rege Diskussion und stellte den Antrag der Kreistagsabgeordneten Stärk zur Abstimmung:

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dass der Sozialausschuss, um eigene Eindrücke und weitere Informationen zur Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Landkreis Cloppenburg zu sammeln, anlässlich der nächsten Ausschusssitzung im Rahmen einer Bereisung die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Friesoythe besichtigen und Frau Amiry sowie das beratende Mitglied Niehaus als Experten anhören soll.
Die Bereisung soll zu dem dazu genutzt werden, die Werkstätten für behinderte Menschen des Caritasvereins Altenoythe zu besuchen.**

7. Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

8. Einwohnerfragestunde

Frau Amiry meldete sich zu Wort. Sie meinte, die Gemeinschaftsunterkünfte des Caritas Sozialwerkes seien in einem guten Zustand. Im Gegensatz dazu, würde die Gemeinschaftsunterkunft in Emstek / Garthe bauliche Mängel aufweisen. Ihre Frage ziele daher darauf, ob der Sozialausschuss nicht die Gemeinschaftsunterkunft in Emstek / Garthe besuchen möge.

Vorsitzender Möller nahm die Frage zur Kenntnis und stellte fest, dass weitere Fragen nicht gestellt wurden.

Um 17:45 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Erster Kreisrat

Protokollführer/in